

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, erläuterte, die heute mit der Tischvorlage vorgelegten vier Eckpunkte zur Umsetzung des Buskonzeptes Alfter/Bonn-Hardtberg seien gestern im Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn mehrheitlich mit einer Gegenstimme beschlossen worden. Im Rhein-Sieg-Kreis sei das Buskonzept bereits im Dezember letzten Jahres beschlossen und in diesem Jahr noch einmal im Ausschuss bekräftigt worden. Es habe allerdings bis gestern keine Einigung zwischen den Verkehrsunternehmen und den Verwaltungen gegeben. Nach monatelangen Verhandlungen sei es gestern gelungen, den jetzt vorliegenden Kompromiss auszuhandeln. Ein erneuter Beschluss dieses Ausschusses sei zwar nicht erforderlich, dennoch halte er es für wichtig, dass der Ausschuss heute ein positives Signal nach Bonn sende. Er schlage deshalb vor, heute einen Beschluss zu fassen, in dem die Entscheidung des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn begrüßt und die Verwaltung beauftragt werde, die Umsetzung kurzfristig zusammen mit Bonn auf den Weg zu bringen.

Abg. Dr. Kuhlmann äußerte, grundsätzlich sei dies eine erfreuliche Entwicklung. Bezugnehmend auf Punkt 2 der Tischvorlage bat er die Verwaltung um Einschätzung, wie groß das Risiko sei, dass die genannten negativen Auswirkungen in Höhe von 160.000 €/Jahr, eintreffen werden.

Abg. Krauß dankte allen, die sich in den letzten Monaten für diese Einigung eingesetzt haben. Das sei ja nicht nur eine Entscheidung für Alfter/Bonn-Hardtberg, sondern habe auch Auswirkungen auf die rechtsrheinischen Linien SB 55 und 551 und auf die Gestaltung des Nahverkehrsangebotes im Raum Wachtberg/Bad Godesberg.

SkB Schroerlücke betonte, er sei sehr erleichtert, dass es nun doch noch zu einer Einigung gekommen sei und dankte allen Beteiligten, insbesondere der Verwaltung des Kreises. Bezogen auf den von Herrn Abg. Dr. Kuhlmann angesprochenen Punkt 2 des Bonner Beschlusses sei er sehr gespannt auf die Berechnungen.

Planungsdezernent Jaeger antwortete auf die Frage von Herrn Dr. Kuhlmann, es sei vereinbart worden, die etwaigen Nachteile zu objektivieren. Die Verwaltungen werden die näheren Einzelheiten ausarbeiten. Im Übrigen dankte er der Kreiskämmerin, Frau Udelhoven, die die Verhandlungen mit der Bundesstadt Bonn und der SWBV geführt habe, sehr gut unterstützt von Herrn Dr. Berbuir und Herrn Dr. Groneck.

Der Vorsitzende machte deutlich, auch die Politik habe so viel Zeit und Energie wie in keinem anderen Verfahren aufgewandt, um hier eine Einigung zu erzielen. An Herrn Abg. Dr. Kuhlmann gerichtet äußerte er, anhand einer Fahrgasterhebung solle der tatsächlich für Bonn entstehende finanzielle Nachteil ermittelt und dann auch ausgeglichen werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ er anschließend über den von ihm zu Beginn des Beratungspunktes vorgeschlagenen Beschluss abstimmen.